

Die Liberalen. LDP

Gesundheitssystem reformieren

Das schweizerische Gesundheitssystem ist - allen Unkenrufen zum Trotz - ein Erfolgsmodell. In keinem anderen Land der Welt sind derart gute medizinische Leistungen für alle Menschen verfügbar.

Dieser hervorragende Zugang zu den besten medizinischen Leistungen hat aber seinen Preis. Und dieser Preis - sprich: die Krankenkassenprämien - steigt seit Jahren unaufhörlich an, was je länger je mehr ein grosses Problem ist. Vor allem stellt sich die Frage: Wie soll es weitergehen? Steigen die Gesundheitskosten immer weiter oder hat der Kostenanstieg einmal ein Ende?

In den letzten zwanzig Jahren waren vor allem zwei Gründe für den Anstieg der Kosten ursächlich: Erstens die ständige Verbesserung der medizinischen Leistungen und zweitens der Umstand, dass die Schweizer Bevölkerung im Durchschnitt immer älter geworden ist. Wird das in Zukunft ändern?

Die Entwicklung in der Medizin wird (hoffentlich) nicht stehen bleiben. Das bedeutet, dass unsere medizinische Versorgung auch künftig immer besser wird, und dass es für immer mehr Krankheiten und Leiden eine Behandlungsmöglichkeit geben wird. Gleichzeitig bedeutet das aber auch, dass die Kosten für die medizinische Versorgung weiter steigen werden - eine bessere Versorgung ist nun mal teurer, daran lässt sich ehrlicherweise nichts ändern.

Der Anteil der älteren Personen an der Gesamtbevölkerung wird sich auch in den kommenden drei Jahrzehnten deutlich erhöhen. Auch diese Entwicklung deutet darauf hin, dass die Gesundheitskosten weiter steigen werden.

Was kann also gegen die Kostenentwicklung unternommen werden?

- Innovative Versicherungsmodelle ("Managed Care", insbesondere HMO- und Hausarztmodelle), die günstigere Prämien ermöglichen, müssen gefördert werden. Den Versicherern muss es gestattet werden, mit den Versicherten, die das wünschen, verbindliche Mehrjahresverträge abzuschliessen.
- Für stationäre Spitalbehandlungen ist die Abrechnung mittels Fallkostenpauschalen auf der Basis einer diagnosebezogenen Klassifikation der Patienten (DRG) schweizweit einheitlich und verbindlich einzuführen. Damit werden die richtigen Anreize gesetzt für eine möglichst zweckmässige Behandlung.
- Die staatlichen Kostenbeiträge an Spitalbehandlungen sollen für staatliche und private Spitäler in gleicher Weise ausgerichtet werden, damit staatliche und private Spitäler im Wettbewerb gleich gestellt sind. Die staatlichen Kostenbeiträge sollen nicht als Defizitdeckung, sondern als Leistungsabgeltung auf der Basis verbindlicher Leistungsaufträge ausgestaltet werden.

Die Liberalen. LDP

- Das System der kantonal verschiedenen Prämienhöhen ist zu überarbeiten. Für den Kanton Basel-Stadt hat dieses System übermässig hohe Krankenkassenprämien zur Folge. Die Prämienregionen müssen vergrössert werden, indem die städtischen Zentren und das dazugehörige Einzugsgebiet zu einer einzigen Prämienregion zusammengefasst werden.
- Der Vertragszwang zwischen Leistungserbringern und Versicherern muss insbesondere im ambulanten Bereich gelockert werden. Die Kantone müssen im Gegenzug die Versorgungssicherheit gewähren, indem sie den Versicherern die dafür notwendige Anzahl Leistungserbringer vorschreiben. Die Lockerung des Vertragszwangs ist letztlich eine sinnvollere Massnahme als der heutige generelle Zulassungsstop für neue Arztpraxen.
- Die Versuche, im Rahmen der obligatorischen Grundversicherung auch ausländische Leistungserbringer zuzulassen, sind zu begrüessen. Der grenzüberschreitende Wettbewerb hilft, Kosten zu senken. Selbstverständlich muss das Ausland Gegenrecht halten, so dass auch die schweizerischen Leistungserbringer die Möglichkeit haben, ihre Leistungen ausländischen Patienten anzubieten.
- Das System des Risikoausgleichs unter den Krankenkassen muss verbessert werden. Die heutigen Kriterien Alter, Geschlecht und Kanton genügen nicht. Der Risikoausgleich muss so ausgestaltet werden, dass es für Krankenversicherer finanziell interessant ist, kranke Versicherte gut zu behandeln; damit wird die Qualität der Behandlung verbessert, und die ineffiziente "Jagd nach guten Risiken" kann unterbunden werden.

Wird es mit diesen Massnahmen gelingen, den Anstieg der Gesundheitskosten nachhaltig zu stoppen? Sofern die genannten Massnahmen konsequent umgesetzt werden, wird es zumindest gelingen, den Kostenanstieg nachhaltig zu bremsen. Ein vollständiges Einfrieren des Kostenniveaus wird jedoch nicht zu erreichen sein. Das ist aber auch nicht nötig: Wenn es nur gelingt, dass die Krankenkassenprämien nicht stärker steigen als die Teuerung, kann die Belastung des Haushaltsbudgets bereits stabilisiert werden. Dieses Ziel müssen wir uns auf jeden Fall setzen!

Die bürgerlichen Parteien des Kantons Basel-Stadt unterstützen zudem die kantonale Volksinitiative der CVP, die verlangt, dass Krankenkassenprämien vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden können. Dies ist eine sehr wichtige ergänzende Massnahme, um die finanzielle Belastung der Familien zu verringern!